

LUDWIG WATZAL

Die Grenzen des Gaza-Jericho-Abkommens

Wer den historischen Händedruck zwischen Israels Ministerpräsident Yitzhak Rabin und PLO-Chef Yassir Arafat bei der Unterzeichnung der *Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung* vom 13. September 1993 vor dem Weißen Haus in Washington per Satellit mitverfolgte, konnte ein Gefühl der Erleichterung empfinden. Endlich, so schien es, ist ein seit Jahrzehnten lastender Druck nicht nur von den direkt Betroffenen, sondern auch von der internationalen Staatengemeinschaft gewichen. Nicht mehr so reibungslos und pompös verlief dagegen die Unterzeichnung des *Gaza-Jericho-Abkommens* vom 4. Mai 1994 in Kairo. Ein sichtlich entnervter Arafat war sich bis zuletzt nicht sicher, ob er die Dokumente unterzeichnen sollte. Surrealistische Züge nahm das Ganze an, als sich dann auch noch Rabin weigerte zu unterzeichnen. Nach einem kurzen Palaver zwischen allen Beteiligten war es schließlich soweit. Beide Vereinbarungen werden von

führenden Politikern des Westens und den Medien als ein erster Schritt und als eine Grundlage für einen umfassenden Frieden in dieser Region gerühmt. Bei genauer Analyse sind jedoch berechnete Zweifel an dieser optimistischen Sichtweise angebracht, weil in beiden Abkommen die palästinensische Seite überproportionale Zugeständnisse gemacht hat, wohingegen es Israel gelungen ist, zentrale Bereiche auszuklammern und alle seine Vorstellungen durchzusetzen. Der Tenor der Kommentare zum Jahrestag der Unterzeichnung war auch eher beschwörend bis skeptisch.

Schon die Unterzeichnung der *Prinzipienerklärung* hatte sowohl in Israel als auch innerhalb der palästinensischen Gesellschaft zu einem Sturm der Entrüstung geführt. Die »Rechte« in Israel witterte Verrat und bezeichnete Rabin als einen »Verräter«. Nicht viel besser erging es Arafat. Die in Damaskus tagende »Ablehnungsfront« drohte ihm sogar mit der

PLO-Chef Arafat kehrt nach 27jährigem Exil nach Gaza zurück

Foto: dpa



Ermordung. Beide Lager konnten Rabin und Arafat jedoch nicht von ihrem Wege abbringen. Selbst der Amoklauf des Kach-Mitglieds Baruch Goldstein in der Ibrahim-Moschee in Hebron, bei dem 29 betende Muslime ihr Leben verloren, war nur eine traurige Episode im blutigen Drama des Nahen Ostens und bewirkte nicht mehr als einen vierwöchigen Stillstand der Verhandlungen. Auch die auf dem Fuße folgenden Gegenanschläge der Hamas im israelischen Kernland konnten den *peace train* nicht zum Entgleisen bringen.

Besetzung *de luxe*?

Werden die beiden Abkommen zu einem umfassenden Frieden in der Region führen? Wie berechtigt ist die Kritik an diesen Vereinbarungen? Handelt es sich bei den autonomen Gebieten nur um *Homelands*, wie sie Südafrika erst kürzlich abgeschafft hat? Die Analyse beider Abkommen macht deutlich, daß sich Israel in allen Punkten durchsetzen konnte. Dies ist auch ein Zeichen dafür, daß die Verhandlungsposition Arafats schwach gewesen sein muß. Die Palästinenser können ohne die Zustimmung Israels nichts selbständig entscheiden. Dies hat auch eine hochkarätig besetzte internationale Konferenz von *Pax Christi International* und dem *Center for International Human Rights Enforcement* (CIHRE) vom 16. bis 18. September 1994 in Ost-Jerusalem deutlich gemacht. Eine kleine Minderheit in Israel um Meron Benvenisti, ehemaliger Vizebürgermeister von Jerusalem und jetziger Vorsitzender der Arbeitspartei im Jerusalemer Stadtrat; Tania Reinhart, Professorin für Literatur an der Universität von Tel Aviv und das linksintellektuellen Magazin *CHALLENGE* sowie einige Menschenrechtsgruppen wie die *Society of St. Yves* sehen in den Dokumenten nur die Fortsetzung der Besetzung mit anderen Mitteln. Konkret: Eine Besetzung *de luxe*, wobei die Palästinenser die eigene Bevölkerung in Schach halten müssen und die Israelis dies als Besatzungsmacht überwachen. Es hat sich eine klassische koloniale Situation entwickelt, in der die Kolonialmacht durch eine ausgewählte einheimische Schicht das Gros der Bevölkerung beherrscht und ausbeutet. Ein Vorwurf lautet: Die autonomen Gebiete sind *Bantustans*, in denen die Palästinenser als Bürger zweiter Klasse sich um ihre alltäglichen Dinge kümmern können. So schreibt Tania Reinhart in der Zeitung *HA'ARETZ* vom 27. Mai 1994, daß auch die südafrikanischen *Homelands* Symbole der Autorität besessen hätten wie eine Fahne, Briefmarken, Pässe und eine starke Polizei. »The situation which has been

created by the Gaza-Jericho arrangement... is almost completely identical.« Alle Vorschläge, die der frühere Verteidigungsminister Ariel Sharon den Ägyptern vor 14 Jahren gemacht, und die sie abgelehnt hatten, wurden jetzt von Arafat im Anhang zu den Sicherheitsvereinbarungen unterzeichnet.

Die PLO hat sich durch die Unterzeichnung jeglichen späteren Druckmittels beraubt. Selbst eine Rückkehr zum sogenannten »Terror«, wie Yassir Arafat den in weiten Teilen berechtigten nationalen Widerstand der Palästinenser gegen die Besetzung in seinem Schreiben an Ministerpräsident Rabin bezeichnen mußte, ist ausgeschlossen, weil sich die Palästinenser dann tatsächlich als »Terroristen« bloßstellen würden. Was die Abkommen symbolisieren, und hierin liegt die eigentliche Tragik der Vereinbarung für die Palästinenser, machte Außenminister Shimon Peres am 1. September 1993 in der Fernsehsendung *Moked* deutlich: »We are not negotiating with the PLO, but only with a shadow of its former self.« Dies beschreibt exakt die absurde Situation, in der sich die Organisation befindet.

Der Hauptgrund für die Gründung der PLO war ihr Eintreten für die Rückkehr der Flüchtlinge von 1948 und die Durchsetzung des Rechtes auf Selbstbestimmung. Von beiden Zielen ist im Abkommen aber nicht mehr die Rede. Die PLO hat sich somit selbst um ihre Existenzberechtigung gebracht. Der palästinensische Nationalrat muß bei seiner nächsten Zusammenkunft über die Abänderung der PLO-Charta befinden. Weil der Nationalrat nur noch aus Arafats *Fatah*-Vertretern besteht, fehlt diesem Gremium jegliche Legitimation über Dinge zu entscheiden, die die palästinensische Gesellschaft als Ganzes betreffen. Solche Entscheidungen können sowieso nur noch durch ein freigeschafftes Parlament erfolgen. Ob Arafat an wirklich freien Wahlen interessiert ist, darf bezweifelt werden. Auch ist mit der Übernahme der Autonomieverwaltung der Zeitpunkt gekommen, die PLO als Organisation aufzulösen, da jetzt nicht mehr der Befreiungskampf im Mittelpunkt steht, sondern das harte Geschäft des Regierens und Verwaltens, oder ging es der PLO in Wahrheit immer nur um die Macht und nie um die Befreiung?

Welche Ziele verfolgt die *Ablehnungsfront*? Sie polemisiert gegen das »Arafat-Rabin-Übereinkommen« und will es mit Hilfe aller arabischen und islamischen Staaten zu Fall bringen. Daß hier der Wunsch der Vater des Gedankens ist, zeigt die Unwilligkeit der arabischen »Bruderstaaten« für Arafat und die Palästinenser auch nur den kleinen Finger zu rühren. Unter

folgenden Bedingungen wäre die Opposition bereit, den Widerstand gegen das Abkommen aufzugeben: Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser durch Israel, Festlegung der endgültigen Grenzen des palästinensischen Staates und das Eingeständnis, daß das Land besetzt ist. Der syrische Präsident Assad wird diese Gruppen nur so lange von Damaskus aus agieren lassen, wie es ihm in sein politisches Konzept paßt. Sollte es ihm gelingen, mit Israel zu einem fairen Abkommen zu kommen, wird er die Palästinenser fallen lassen. Bisher hatte er sich immer auch als Sachwalter palästinensischer Interessen verstanden. Der Syrer fühlte sich aber durch die Vereinbarungen zwischen Israel und der PLO von Arafat hintergangen. Mit der Unterzeichnung sei Arafat den anderen arabischen Staaten in den Rücken gefallen und habe deren Verhandlungsposition geschwächt und damit die israelische Position gestärkt. Syrien braucht deshalb keinerlei Rücksicht mehr auf die Interessen der Palästinenser zu nehmen.

Es wäre naiv anzunehmen, daß mit dem Abkommen das seit hundert Jahren begangene Unrecht, das Leid und die Wunden, die sich beide Seiten geschlagen haben, der Haß, der tief im Bewußtsein der Menschen sitzt, die gegenseitige Dehumanisierung in Form von Zerrbildern wie »Zionisten« und »Imperialisten« hier, »Terroristen« und »Mördern« dort, aus der Welt geschafft worden wäre. Die Abkommen regeln nichts Wesentliches, noch lösen sie auch nur ein einziges Problem. Israel ging es primär um Sicherheit, wie es Ministerpräsident Rabin vor der Knesset am 11. Mai ausdrückte. Dies zeigt sich auch darin, daß auf israelischer Seite ein hoher General die Verhandlungsdelegation leitete, der jetzt zum neuen israelischen Generalstabschef berufen worden ist. Die Nachricht an die Palästinenser sollte klar sein: Israel ist primär an Sicherheit interessiert, alles andere ist zweitrangig und wird gemäß israelischen Sicherheitsinteressen definiert. Dieses Sicherheitsdenken durchzieht wie ein roter Faden beide Abkommen.

Die *Prinzipienerklärung* und das *Gaza-Jericho-Abkommen* enthalten verschiedene Aspekte, auf die im folgenden eingegangen werden soll. Obwohl das Abkommen nicht die nationalen Rechte der Palästinenser erwähnt, ist es trotzdem das erste Mal, daß Israel offiziell die Palästinenser und ihre legitimen Rechte anerkannt hat. Das Abkommen legt den Grundstein für ein palästinensisches Gebilde, das Arafat bei seinem ersten Bonn-Besuch im Dezember 1993 als Staat bezeichnet hat. Die *Prinzipienerklärung* schafft die potentielle Möglich-

keit für Zusammenarbeit und Koexistenz und den historischen Kompromiß zwischen beiden Völkern. Um dies auszuschöpfen, müssen beide Partner mit lauterer Absichten seine Umsetzung betreiben.

Palästinensische »Teilsouveränität«

Durch die Umgruppierung der Truppen von Gaza und Jericho gibt Israel nach 27 Jahren erstmals ideologische und praktische Positionen teilweise auf, die bisher immer als irreversibel galten. Es wird somit eine de facto palästinensische »Teilsouveränität« unter Oberaufsicht der Israelis über diese Gebiete geben.

Als Ziele sind eine palästinensische Interimsregierung und ein demokratisch gewählter Rat für eine Übergangszeit von höchstens fünf Jahren angestrebt. Nach dieser Zeit soll es dann zu einer permanenten Vereinbarung auf der Grundlage der UN-Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338 kommen.

Die Abhaltung von Wahlen unter internationaler Kontrolle soll einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer Realisierung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes und deren gerechter Forderungen sein. Die Teilnahme der Palästinenser aus Ost-Jerusalem ist zugesichert, aber nicht die konkreten Bedingungen genannt; so können sie mitwählen, aber nicht gewählt werden.

Bei der Übergabe der Macht muß zwischen Gaza und Jericho einerseits und dem Rest der Westbank und Ost-Jerusalem andererseits unterschieden werden. Im ersteren Falle wird alle Gewalt auf die Palästinenser übertragen. Den Rest der Westbank betreffend, ist auf den Gebieten Kultur, Gesundheit, direkte Besteuerung, Dienstleistungen und Tourismus die Macht an Palästinenser übertragen worden.

Die Jurisdiktion betreffend, spricht das Abkommen von einer Einheit des Gaza-Streifens und der Westbank, deren Unverletzlichkeit erhalten bleiben soll. Die Palästinenser wollen Jerusalem darin eingeschlossen wissen, die Israelis dagegen nicht.

Die endgültigen Verhandlungen über den Status werden nach zwei Jahren vom Beginn der Interimsperiode gerechnet beginnen, was obligatorisch ist. Die palästinensische Seite muß hier auf Eile drängen, weil sonst zu befürchten ist, daß die Israelis den Status weiter zu ihren Gunsten verändern werden, wie dies bereits durch den forcierten Ausbau der Siedlungen im Großraum von Jerusalem geschieht. Sollte dieser – wie geplant – durchgeführt werden, werden von Ost-Jerusalem nur noch Spurenelemente übrig bleiben.

Nach der Lektüre der Abkommen stellt man sich verwundert die Frage, wie Arafat diese Abkommen unterzeichnen konnte. Ein Erklärungsmodell könnte sein, daß eine politisch, wirtschaftlich und moralisch völlig darniederliegende PLO-Führung durch die veränderten internationalen Rahmenbedingungen gezwungen war, in diesen saueren Apfel zu beißen. Denn mit der Unterzeichnung der *Prinzipienerklärung* hat die PLO den hundertjährigen Anspruch des Zionismus auf *Eretz Israel* (Land Israel) und die damit verbundene Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft anerkannt und zugegeben, daß ihr dreißigjähriger nationaler Widerstand »Terrorismus« war, daß 28 von 32 Artikeln in der palästinensischen Charta zu streichen sind, die explizit oder andeutungsweise zur Vernichtung Israels aufrufen, daß der »Terror« und die »Terroristen« zu bekämpfen seien, Israel das Tor zu den Märkten der arabischen Länder aufgestoßen, der Besetzung den Anschein der Legalität gegeben und die arabische Anerkennung Israels eingeläutet werde. Israels Isolation in der Region ist damit aufgehoben, was sich für Israel schon überaus positiv ausgewirkt hat und in seinem Interesse liegt. Das Abkommen war somit der Rettungsanker für Arafat und seine marode Mannschaft. Israel mußte Arafat akzeptieren, weil es eingesehen hatte, daß es den Gaza-Streifen nicht auf Dauer regieren konnte und Hamas der weitaus gefährlichere Gegner war.

Dieses Abkommen stellt nach der Gründung des Staates Israel den größten Erfolg israelischer Diplomatie dar. Es ist eine Meisterleistung von Rabin und Peres, obgleich letzterem wohl das größere Verdienst zukommen dürfte. Israel brauchte nicht einmal anzuerkennen, daß es Besatzungsmacht ist. Dieser völkerrechtswidrige Zustand wurde niemals von der internationalen Staatengemeinschaft ernsthaft in Frage gestellt, ja selbst die PLO hat ihn durch das Abkommen auch noch sanktioniert. Sie hat Israel und sein Besatzungsregime einseitig anerkannt. Die Unterdrückten legitimierten somit ihre Unterdrücker.

Der Vorteil dieser Abkommen liegt für Israel darin, daß es die unangenehmen Seiten des Gaza-Streifens so billig losgeworden ist, ohne dafür einen entsprechenden politischen Preis zu zahlen. Das einzige »substantielle« Zugeständnis Israels ist der direkte Dialog mit der PLO. Man war bereit, mit »der Organisation«, wie sie bis zur Unterzeichnung offiziell genannt wurde, zu reden. Bei der Beantwortung der Frage nach den Motiven Arafats darf man die persönlichen nicht unterschätzen. So wollte er noch um jeden Preis auf seine alten Tage vom »Terroristen«

zum »König der Müllhalde« avancieren, wie die Israelis den »Strip« despektierlich nennen, um einmal vor der Geschichte als »Präsident von Palästina« dazustehen. Arafat hat in seinem Schreiben vom 4. Mai an Rabin im Punkt 4 bestätigt, daß er sich nicht »Präsident von Palästina« nennen, sondern nur den Titel »Vorsitzender der palästinensischen Selbstverwaltungsbehörde« oder »Vorsitzender der PLO« führen werde.

Die dünne Verhandlungsposition Arafats kommt wohl auch darin zum Ausdruck, daß es ihm noch nicht gelungen ist, für die Übernahme des Gaza-Streifens den völligen Abzug Israels und die Auflösung der israelischen Siedlungen in einem Zeitraum von zwei bis drei Jahren erreicht zu haben. Im Gegenteil: 50 Prozent des Gaza-Streifens sind weiterhin in israelischer Hand. Die palästinensischen Behörden haben über die 5 400 Siedler keinerlei Autorität. Auf dem verbleibenden Rest tummeln sich über 800 000 Palästinenser. Die Siedlungen sind quasi exterritorial; diese Gebiete werden jetzt als »gelbe Gebiete« ausgewiesen. Dort dürfen Palästinenser nicht bauen, nur die Israelis.

Wenn die Frage der Siedlungen, die Rückkehr der Flüchtlinge von 1967 – die Abkommen erwähnen nicht die 2 Mio. Flüchtlinge von 1948 –, Jerusalem, die Eigenstaatlichkeit, die Entschädigung u. v. m. in drei Jahren auf der Tagesordnung stehen sollten, verfügt die PLO über wenig Druckmittel, um von Israel Minimalkonzessionen abzutrotzen. Die Palästinenser werden auf den guten Willen Israels angewiesen sein, und dieser zählt in den internationalen Beziehungen wenig, wo es um die Durchsetzung von Interessen geht. Sollte es Arafat nicht gelingen, Ruhe und Ordnung unter seinen Landsleuten herzustellen, hat Israel alle Optionen auf seiner Seite. Für diese Situation hat Ministerpräsident Rabin bereits die Rückkehr Israels angekündigt. Somit ist Arafat gezwungen, Widerstand gegen das Abkommen mit seiner Polizeitruppe und seinen sechs verschiedenen Sicherheitsdiensten zusammen mit dem israelischen Militär niederzuschlagen.

Zu welchem Ziel sollen die Abkommen führen? Die Abkommen geben wenig Orientierung, wohin die Reise gehen wird. »Interim« wird gleichzeitig der Endzustand sein. Dies bestätigt auch Danny Rubinstein in einem Kommentar in *HA'ARETZ* vom 30. August 1993: »The Palestinians who oppose the formula are right in saying that chances are great that the beginning in Gaza and Jericho will also be the end.« Die Zukunft für die Palästinenser bleibt somit völlig offen. In der Zwischenzeit geht die Schaffung vollendeter Tatsachen unvermindert weiter.

Interim als Endzustand?

Menschenrechtsorganisationen berichten, daß seit der Unterzeichnung der *Prinzipienerklärung* zehntausende von *Dununs* (1 D. = 1000 qm) palästinensischen Landes enteignet worden sind. Es sollen Tatsachen geschaffen werden, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Ein separates Straßensystem für die israelischen Siedler ist in der Westbank geplant, das die palästinensischen Orte umgeht.

Auch die beabsichtigte ökonomische Kooperation muß differenziert betrachtet werden: Einerseits prophezeit Außenminister Shimon Peres eine blühende Zusammenarbeit zwischen der israelischen und palästinensischen Wirtschaft, wohingegen Finanzminister Abraham Shohat sich die entstehende palästinensische Wirtschaft nur angebunden an die israelische vorstellen kann. Die Geberländer sind in der Bereitstellung der Mittel sehr zurückhaltend, weil Arafat in ihren Augen nicht seriös ist. Er wird über die meisten der zugesagten internationalen Gelder keinerlei Verfügungsgewalt haben. Diese Gelder sind nicht auf die Stärkung der palästinensischen Ökonomie ausgerichtet, sondern sind für Gemeinschaftsprojekte vorgesehen und stellen somit auch gleichzeitig eine indirekte Wirtschaftshilfe für Israel dar. Es gibt keine palästinensische Ökonomie, die die Basis für eine profitable Investition abgeben könnte. Somit muß primär in Infrastrukturmaßnahmen und Hausbau investiert werden. Alle größeren Investitionen bedürfen der Zustimmung Israels. Auch die bilateralen Zusagen der Bundesregierung sind an diverse Projekte u. a. in Bethlechem, Al-Bireh, Nablus, Ramallah und Gaza gebunden. Über diese Mittel hat Arafat keinerlei Kontrolle. Die bilateralen Zusagen belaufen sich für 1994 auf zirka 20 Mio. DM. Über die EU ist Deutschland aber nochmals mit 28 Prozent der zugesagten EU-Mittel von 600 Mio. Dollar in den nächsten fünf Jahren beteiligt. Deutschland hat Anfang August als erstes Land »diplomatische Beziehungen« zur Autonomieverwaltung in Form eines »Verbindungsbüros« in Jericho aufgenommen.

Das *Gaza-Jericho-Abkommen* ist leider auch auf ökonomischem Gebiet asymmetrisch, weil ökonomische Kontrolle nur mit politischer Unabhängigkeit möglich ist. Just dieses Junktim verhindert das Abkommen. Die Wirtschaft wird dagegen in zwei Sphären geteilt. Die zentralen Teile wie Industrie, Landwirtschaft, Außenhandel, Zölle und indirekte Steuern bleiben unter israelischer Kontrolle, wohingegen der andere Teil wie Bildung, Gesundheit, soziale

Dienste, Tourismus und direkte Steuern den Palästinensern übertragen worden sind. Somit hat Israel über die wichtigsten Teile der palästinensischen Wirtschaft weiterhin das Sagen. Zur Kontrolle über das Land kommt auch noch die israelische Kontrolle über das Wasser. An dieser Lage hat das *Gaza-Jericho-Abkommen* nichts geändert. Anstatt das gravierende Wasserproblem im Gaza-Streifen zu lösen, wird den Palästinensern gestattet, Wasser von Israel zu kaufen. Somit ist die Ausgangslage des Gaza-Streifens noch schlechter als die eines *Homelands*: kein Land und kein Wasser.

Bedeutet das Abkommen somit nur die alte Okkupation in einem neuen Gewand? Die Frage stellt sich, welcher Grad der Autonomie erreicht wird. Ist es nur eine Selbstverwaltung des Mülls und der Abwässer, oder wird sie alle Aspekte des Lebens umfassen? Der Gaza-Streifen und Jericho bleiben letztendlich unter der Oberhoheit des Militärkommandeurs, d. h. des israelischen Besatzungsregimes. Die Israelis können jederzeit den Gaza-Streifen abriegeln, dann sind die Palästinenser der autonomen Gebiete eingeschlossen. Da sie auch nicht die Kontrolle über die Grenzübergänge haben, bedeuten die weiteren Gespräche nichts als leere Worte, weil eine solche Autonomie noch nicht einmal das Recht der Palästinenser einschließt, das Aufenthaltsrecht ihrer eigenen Bevölkerung bestimmen zu können. Wer letztlich ein- und ausreist, wird also von der Entscheidung Israels abhängen. Gelingt es Israel, mit den Syrern ein Abkommen zu schließen, braucht das Land kein Interesse mehr an einer Übereinkunft mit den Palästinensern zu haben. Demzufolge ist diese Art der Autonomie nur eine neue Variante der Okkupation, und zwar eine de luxe, bei der sich Israel die Hände nicht schmutzig macht.

Langsam setzt sich unter den Palästinensern die Überzeugung durch, daß sie zu den Verlierern des Abkommen zählen. Es bedeutet die Festschreibung der Palästinenser auf dem Niveau sozialer Unterwerfung ohne eine positive Perspektive. Auch Arafat scheint begriffen zu haben, was er da unterschrieben hat; dies wird aus einem Interview mit *Radio Monte Carlo* deutlich: »Wir wollten nicht in einem Ghetto oder in Bantustan leben.« Auf diese Äußerung Arafats entgegnete der israelische Minister für Wirtschaft und Soziale Entwicklung, Shimon Shetreet, Anfang Januar 1994 in einem Fernsehinterview, daß Israel noch nicht einmal einen »Bantustan plane«, weil es sich dabei ja um eine Staatsform handele.

Arafats zögerliche Haltung, in die autonomen Gebiete überzusiedeln, glich dem Verhalten einer Person, die einen unpopulären Job nur

widerwillig annehmen will. Mehrmals hat er die Geberländer inständig gebeten, die zugesagten Gelder endlich freizugeben, was nur sehr zögerlich geschieht. Arafat muß deshalb versuchen, umgehend die zugesagten Mittel in die Infrastruktur und Wirtschaftsprojekte zu investieren. Davon wird es schließlich abhängen, ob er seine Herrschaft weiter stabilisieren kann. Sollte Arafat aber das Geld nur für seine Armee und die Sicherheitskräfte sowie für den mitgebrachten bürokratischen Apparat aus Tunis verbrauchen, wird die westliche Geldquelle aufhören zu sprudeln.

Für Israel bedeuten die Abkommen zweifellos einen Erfolg. Sie sind die schlechten Seiten des Gaza-Streifens losgeworden, haben internationale Anerkennung dafür erhalten, ohne wirklich das Besatzungsregime beendet zu haben. Ihre teilweise internationale Isolierung wurde gänzlich beendet. Sollte das Land jedoch den Palästinensern ihren Staat auf lange Sicht verweigern, könnten sich die Erfolge, die durch die Abkommen erreicht worden sind, als Pyrrhussiege erweisen. Ein Palästinenserstaat liegt deshalb langfristig im nationalen Interesse Israels.

*Vom gleichen Autor ist soeben erschienen:
Frieden ohne Gerechtigkeit? Israel und die
Menschenrechte der Palästinenser, Böhlau
Verlag, Köln-Weimar-Wien 1994, 404 Seiten,
DM 48,-*

Die Neue Gesellschaft

Frankfurter Hefte

11 1994
41. Jahrgang